

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreis für den Monat drei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: Arbeiterbühnenstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14197 / Postfach Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel, Geschäftsleitung: Dresden-2, Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr.: 1111 Dresden Nr. 17259 / Druckgeschäft: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sperrstunden der Redaktion: Donnerstags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Mittwoch, den 3. November 1926 Nummer 246

Unser Sieg!

Unser Zentralorgan „Die Rote Fahne“ nimmt mit dem nachstehend abgedruckten Aufsatz zu dem Ergebnis der Sachwahlen die folgende Stellung:

(Redaktion der „Arbeiterstimme“)

Nach den Dezemberwahlen des Jahres 1924 beurteilte das sozialdemokratische Zentralorgan die Einmündelung der Kommunistischen Partei folgendermaßen:

„Es hat sich das ganze Volk geändert. Die Sozialdemokratie scheint wieder, die Arbeiterpartei des hochindustriellen Deutschlands. Die kommunistische KPD hat aber die ihr längst vorhergesagte Rückwärtsentwicklung zur Seite in beschleunigtem Tempo angetreten.“

Zwei Jahre sind ins Land gegangen. Wiederum fanden Wahlen statt. Im Herzen des industriellen Deutschlands — in Sachsen. Aber das Ergebnis findet das gesamte Gegenüber der sozialdemokratischen Prophezeiung: Die kommunistische Arbeiterpartei hat den Höchstpunkt ihres durch Parliamentswahlen zu messenden Einflusses (es ist bekannt, daß die Partei der proletarischen Diktatur noch andere, wichtigeren Maßstäbe ihres Einflusses kennt) fast wieder erreicht; mehr als das. Die Kampfzonen sind tief in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter gedrungen. Selbst wenn man die Stimmen der Sozialdemokratie mit denen der KPD (der ausgeschlossenen 23 Sozialisten) auf einen Reinertrag bringt, hat der Reformismus gegenüber der Dezemberwahl 1924 800000 Wähler in Sachsen verloren — von denen 40000 der kommunistischen Partei zuzurechnen. Nimmt man aber als Größtmass die Wahlergebnisse des Jahres 1922, so hat der Reformismus sozialdemokratischer und sozialistischer Couleur mehr als 200000 Wähler verloren, der Kommunismus aber 75000 Stimmen gewonnen — woraus fast nach dem „Vorwärts“ die Rückwärtsentwicklung zur Seite in beschleunigtem Tempo ergibt!

„Was war das für Ursachen des „erhabenen Wahlerfolges“ der Kommunisten, den der „Vorwärts“ feilscht? Am 5. Mai 1924 lasen wir folgendes Erklärung:

„Hier rufen wir die Sünden des Bürgertums. Hätten die bürgerlichen Mittelparteien den Kurs behalten, der unter Kritik gebietet wurde, so hätten die Kommunisten nie so weit kommen können.“

Aber nicht nur die deutsche Reaktion und das deutsche Bürgertum allein tragen das unzweifelhafte Verdienst an dem Scheitern des Reformismus, der erste Preis gebührt Herrn „Vorwärts“!

Am 1. November 1926 hat der „Vorwärts“ wiederum andere Ursachen für den kommunistischen Sieg genannt:

„Die unbewusste Massenarbeitslosigkeit hat einen Teil der sächsischen Arbeiterbevölkerung, die von jeder Arbeit und Arbeitslosigkeit am schwersten zu leiden hatte, in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung versetzt, indem sie die politischen Maßstäbe und das bisherige politische Urteil verloren hat. Hier liegt die Ursache des kommunistischen Wahlerfolges. Die Stimmenzahlen der Kommunisten in Sachsen sind geradezu ein Gradmesser der wirtschaftlichen Situation.“

Aber die Zeit vom 5. Mai 1924 bis zum 1. November 1926 ist doch ausschließlich von unzähligen „Siegen“ der sozialdemokratischen Politik. In Stelle der Politik des passiven Widerstandes an der Ruhr Anno 1923 ist die sozialdemokratische Partei, nicht mehr die wilde Säule von Versailles durchdrungen die deutsche Außenpolitik, — die milde „Friedenspolitik“ von Locarno und Thoirn weht in der Welt. Die Bewegung wird abgelehnt, Deutschland ist im Weltfrieden. Die Invasion ist nicht wieder, die Welt ist kassifiziert — sozialdemokratisches Paradies, was willst du noch mehr? Und trotzdem der erhebliche Wahlerfolg der Kommunisten. Es ist klar: der Reizung des „Vorwärts“ stimmt „etwas“ nicht. — Es war auf zwei Jahre sozialdemokratischer „Siege“ folgte die Wahlerückwärtsentwicklung in Sachsen und auf zwei Jahre kommunistischer „Kampferfolge“ (wie der „Vorwärts“ die kommunistische Arbeit zu nennen beliebt) folgte der kommunistische Sieg in Sachsen. Aus diesem unfehlbaren Gesandnis muß die ganze deutsche Arbeiterklasse die zwei wichtigsten Lehren des sächsischen Wahlergebnisses ziehen:

„Die Politik des Reformismus bedeutet in jedem Falle und zu jeder Zeit für die Arbeiterklasse nichts als eine Reihe von Niederlagen und Ausbeutung. Ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiterklasse Sachsens hat dies verstanden und müßte.“

Die sozialdemokratischen Führer wollten die kommunistische Partei zur „Koalitionspartei“ kempeln — die Kommunisten aber bezwecken, daß sie die Massen jederzeit zu führen verstanden und in der Zeit der vorübergehenden Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft und der Werra des sozialdemokratischen imperialistischen Faschismus.

„Geht es in Sachsen der Kommunismus nicht nur als Ziel der kämpfenden Arbeiter, sondern als revolutionäres System der Führung aller — und insbesondere der Tageskämpfe der Arbeiterklasse — eine Niederlage erlitt in Sachsen der Reformismus als System einer Politik des Verzichtes aller Interessen der Arbeiterklasse. So und nicht anders als das sächsische Wahlergebnis zu beurteilen.“

Und dies um so mehr, wenn man berücksichtigt, wie, mit welchen Mitteln die Kommunisten diesen Wahlsieg gefolgt haben. Bei keinem Wahlsieg in Deutschland wurden die revolutionären Lehren des Kommunismus so stark in den Vordergrund gestellt als diesmal in Sachsen. Den Lehren des Reformismus, Demokratie und sozialistische Menschlichkeit gegenüber die Lehren der Diktatur des Proletariats und der „Arbeiterklasse“ gegenüber. In der Wahlaktion des Zentralkomitees heißt es:

Arbeit für die Erwerbslosen!

Ein Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Sofort nach Wiederzusammentritt der sozialpolitischen Kommission hat die kommunistische Fraktion folgenden Antrag eingebracht:

„Zum Zweck der Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose schlägt der 2. Ausschuss dem Reichstag vor, folgende Maßnahmen zur Durchführung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess zu beschließen:

1. In allen Staats- und kommunalen Betrieben, industrieller, landwirtschaftlicher, kaufmännischer und sonstiger Art, sowie Reichs-, Länder- oder Gemeinde- und nichtstaatlichen Körperschaften sind sofort die von den Beschäftigten pro Woche zu leistenden Gesamtarbeitsstunden festzusetzen.
2. Die Arbeitszeit für alle in vorgenannten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten darf 8 Stunden, im Bergbau und in der chemischen Industrie 7 Stunden nicht überschreiten. Kein Lohn- und Gehaltsanplänger darf wesentlich länger als 42 Stunden beschäftigt werden. Im Bergbau, in der chemischen Industrie oder sonstigen gesundheitsgefährlichen Betrieben darf die Arbeitszeit 35 Stunden wesentlich nicht überschreiten. Die Normalarbeitszeit am laufenden Band, sowie für Frauen und Jugendliche beträgt täglich 7 Stunden. Eine Verminderung des Einkommens infolge der Reduzierung der Arbeitszeit darf nicht eintreten.
3. Zur Bekämpfung der nach der Herabsetzung der Arbeitszeit verbleibenden restlichen Arbeitsstunden, die auf Grund der unter 1. genannten Festsetzungen erreicht werden, müssen so viel Erwerbslose zu den unter 2. genannten Arbeitsbedingungen eingestellt werden, daß eine Verminderung der in den Betrieben festgestellten gegenwärtigen Arbeitsstunden nicht erfolgt.

Reichstagszusammentritt und Kongreß der Werttätigen

Seute tritt der Reichstag nach langer „Ruhepause“ für die Herzen „Vollsoortierter“ endlich wieder zusammen.

Als der Reichstag im Sommer in die Ferien ging, war er durch die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion davor bewahrt worden, für immer nach Hause geschickt zu werden. Der Ausgang des Volkenscheids, das Votum von 14 1/2 Millionen Stimmen für die Reichstagswahl, das eine mächtige Kampfanlage der Mehrheit aller politischen Interessen in Deutschland gegen die Fürsten, aber auch gegen Reichspräsidenten, Reichsregierung und Reichstag war, bedeutete Reichstagsauflösung, wenn die sozialdemokratischen Führer gewillt waren, die Konsequenzen aus dem Volkenscheid zu ziehen.

Aber sie waren nicht dazu gewillt. Wider Willen haben sie den Volkenscheid mitgemacht, freudig schwerten sie auf die alte Linie offener oder verheimer Koalitionspolitik ein. Über 14 1/2 Millionen Wähler lassen sich nicht durch parlamentarische Kullenschiebungen betrügen. „Was nun?“ war die große Frage, die in allen Versammlungen, an allen Orten von der werttätigen Bevölkerung gestellt wurde.

Die Antwort der sozialdemokratischen Führer liegt im hohenmännlichen Vor Sie lautet: Erfüllung der Milliardenforderungen der Fürsten! In den eigenen Reihen der sozialdemokratischen Partei läßt diese Antwort scharfen Widerspruch aus, der in zahlreichen Beschlüssen unterer Parteifunktionäre in der Mitgliederliste zum Ausdruck kam.

Die kommunistische Partei verlangte sofort nach dem 20. Juni: Fortsetzung des Kampfes, Sammlung der Massen, Zusammenfassung der Vertreter der Millionen Werttätigen in Deutschland auf einem Reichstagskongreß der Werttätigen, der die

Kräfte zum außerparlamentarischen Kampf gegen Fürstenabdichtung, Nationalisierung, Vereinstzung, Kriegsgefahr und Reaktion mobilisieren soll.

Der Kongreß ist für Anfang November einberufen. Während im Reichstag der Kuhhandel um die Regierung einsetzt, schwillt draußen im Lande die Massenbewegung an. Sie muß weiter gesteigert werden. Sie muß den Willen der 14 1/2 Millionen der Politik des Häufelns von Abgeordneten entgegenstellen, die über die Schicksale der deutschen Bevölkerung entscheiden.

Reichstagszusammentritt — das bedeutet eine Reihe neuer Schritte im Interesse der Großbourgeoisie, Fortschritt der Reaktion, weitere Belastung und Ausplünderung der Werttätigen. Hinweg mit diesem Reichstag! lautet der Ruf der Millionen, die zum Kongreß der Werttätigen rufen. Das ist ihre Begrüßung dieses Reichstages der Fürstentochter und der Diener der Bourgeoisie.

Dresdner Betriebsräte zum Kongreß der Werttätigen

Am Dienstag lagte in den „Annenkassen“ in Dresden eine gutbesetzte Versammlung der Betriebsräte Dresdens, einberufen vom provisorischen Ausschuss zur Vorbereitung des Kongresses der Werttätigen. Nach dem Referat des Kollegen Köhler, Berlin, der eine ausführliche Darstellung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands gab und die Aufgaben der Arbeiterklasse zeigte, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, an der sich sozialdemokratische und kommunistische Betriebsräte beteiligten. Von allen Seiten wurde die Notwendigkeit des Kongresses der Werttätigen anerkannt. Zur Durchführung der Vorbereitungsarbeiten zum Kongreß der Werttätigen wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Bei drei Stimmhaltungen wurde nachstehender Aufruf an die Arbeiterklasse Ostschlesiens angenommen:

An die Arbeiterklasse Ostschlesiens!

Klassengenossen! Die Lebenslage des Proletariats wird immer elender. Die herrschende Gesellschaft schmiedet jeden Tag neue Pläne zur Unterdrückung und Ausbeutung der Massen. Das Elend der Erwerbslosen und ihrer Familien wächst täglich. Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse bereit ist den Kampf aufnimmt gegen die Reaktion und ihre Helfershelfer. Die am 2. November in den „Annenkassen“ in Dresden tagende Versammlung der Dresdner Betriebsräte hat Stellung genommen zur gegenwertigen Lage und erkennt an, daß der Kongreß der Werttätigen die Front der Arbeiter erneut zusammenschweißen, die Kraft aller Ausgebeuteten steigern wird, um den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Die heute versammelten Dresdner Betriebsräte fordern euch auf, überall, in allen Organisationen und Betrieben Stellung zu nehmen zum Kongreß der Werttätigen und Delegierte zu entsenden. Alle Anforderungen von Referenten, Redungen von Delegierten sind an nachstehende Adresse zu richten: Max Weidner, Dresden-Steifen, Marktgr.-Heintz-Str. 12, 11.

Delegierte zum Kongreß der Werttätigen

Alle Organisationen, Betriebe, Gewerkschaften, Erwerbslosenausgänge, die zum Kongreß der Werttätigen Stellung genommen und die Wahl von Delegierten vorgenommen haben, fordern wir hiermit auf, Namen und Adressen der Delegierten sofort einzusenden an das

Sekretariat des Vorbereitungsausschusses für den KPD, Berlin N 88, Chornurstraße 30, Vorbereitender Ausschuss für den KPD.

„Die Lösung der „linken“ sozialdemokratischen Führer im Wahlkampf ist die der sozialistischen oder der „Arbeitermehrheit“ im künftigen Landtag. Die sozialdemokratischen Führer, die jedem revolutionären Kampf mit dem Wege gehen und ihn isolieren, proklamieren den Kampf mit dem Stimmzettel zum Kampf um die politische Macht. Die kommunistische Partei stellt die bewußte Lösung „sozialistische Mehrheit“ die Lösung „Kongreß der Arbeiterklasse“ gegenüber. Sie bringt damit zum Ausdruck, daß keinerlei Arbeitermehrheit im kommenden Landtag eine entscheidende Verschiebung der Klassenkräfte zugunsten des Proletariats bedeutet, oder aber ein Weg zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist. Ferner, daß der Kampf um die politische Macht auch in Sachsen nicht im Parlament, sondern nur auf dem Wege des revolutionären Kampfes im Reichsmittel erfolgreich geführt werden kann.“

Und weiter: „Das wichtigste Ziel des Wahlkampfes ist für die kommunistische Partei die revolutionäre Mobilisierung der Massen und die Zerlegung des Einflusses der „linken“ sozialdemokratischen Führer.“

Das erste Ziel wurde erreicht. Ein hartes Drittel der sächsischen Arbeiterklasse wurde für kommunistische Lösungen mobilisiert. Das zweite zum Teil: 80 000 sozialdemokratische Arbeiter wählten durch ihre Abstimmung für die Kommunisten; daß sie erkannten, daß der Sozialismus

der „23 Renegaten“ ein legales Kind jener Koalitionspolitik ist, zu der sich prinzipiell auch die „Linken“ bekennen. Dieses Votum der 80 000 gegen die Koalitionspolitik ist einer der wichtigsten Erfolge unseres Wahlkampfes. Denn es zeigt der Partei die richtige Linie der Fortführung des Kampfes um die Herzen der sozialdemokratischen Arbeiter. Er weist einen der Wege zur Bildung eines linken Bündnisses in der deutschen Arbeiterbewegung und der Veranschlagung seiner besten Teile in die Reihen der kommunistischen Partei!

Aber die „linken“ Koalitionspolitiker haben nicht nur einen Teil ihres Anhangs an die Kommunisten verloren — auch an die „Sozialisten“, an die 23 Felder der Großen Koalition mußten sie fast 100 000 Stimmen abgeben. Das beweist: Gerade der „linke“ Reformismus geriet die Reihen der Arbeiterklasse und führt sie auch politisch unter die Fackel der Bourgeoisie. Der Erfolg der Kommunisten wäre noch größer gewesen, wenn es den „linken“ Reformisten nicht nochmals gelungen wäre, ihre taktische Koalitionspolitik unter der Schirmherrschaft zu verbergen, die sie über ihre Freunde von „Rechts“ gossen. Aber dies ist bald vorüber. Schon vor der Wahl hat unsere Partei in ihrer Wahlaktion festgestellt:

„Der Widerspruch zwischen prinzipieller Anerkennung der Koalitionspolitik, tatsächlicher Koalitionspolitik der „Linken“ und dem jahrelangen Scheitern gegen die Koalitionspolitik wird sich zeigen und der kommunistischen Partei die besten Möglichkeiten zur Förderung der Arbeiterbewegung unter den sozialdemokratischen Arbeitern geben, durch Veranschlagung der

Vertical text on the left margin, including words like 'Minder', 'Wahl', 'Kongreß', 'Arbeiter', 'Kommunisten', 'Reaktion', 'Bourgeoisie', 'Proletariat', 'Klassenkampf', 'Revolution', 'Diktatur', 'Sozialismus', 'Kommunismus', 'Kongreß', 'Wahlkampf', 'Ergebnis', 'Sieg', 'Kampf', 'Macht', 'Lage', 'Führer', 'Partei', 'Massen', 'Bewegung', 'Anhang', 'Stimmen', 'Feld', 'Koalition', 'Rechts', 'Linke', 'Bündnis', 'Fackel', 'Schirmherrschaft', 'Wahlaktion', 'Koalitionspolitik', 'Scheitern', 'Möglichkeiten', 'Förderung', 'Arbeiterbewegung', 'sozialdemokratischen', 'Arbeiter', 'Veranschlagung'.